

2 Theoretische Grundlagen

Die Partei, die den Gegenstand dieser Untersuchung bildet, ist von besonderen Eigenschaften gekennzeichnet. Eine kritische Masse von Literatur existiert bis jetzt über die LINKE. Diese erstreckt sich von extremismustheoretischen Abhandlungen (Jesse/Lang 2008) bis hin zu Sammelbänden aus dem Umfeld der Partei (Brie/Hildebrandt 2006, Brie/Hildebrandt/Meuche-Mäker 2007) und kritischen Werken aus linker Sicht (Fülberth 2009). Besonders berücksichtigt in der Forschungsliteratur ist die Vorgängerpartei PDS (Brie/Herzig/Koch 1995, Neugebauer/Stöss 1996, Berend 2006, Prinz 2010) mit einem teilweise ausgeprägten Fokus auf die Kontinuitäten zwischen dieser und der LINKEN. Dagegen billigen Aufsätze im Sammelband von Tim Spier und anderen *Die Linkspartei: Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft* (2007) der Rolle des eher westlichen WASG für die Entstehung und Verankerung der Partei in ihrer jetzigen Form eine viel größere Gewichtung zu.

Ist eine *Partei* als Untersuchungsobjekt für das Thema „Linke und Nahostkonflikt“ überhaupt relevant? In Zeiten des Auseinanderlebens von Parteien und Kernsegmenten ihrer Wählerschaft, einer gleichzeitigen Fragmentierung des Parteiensystems aufgrund der sinkenden Mobilisierungsfähigkeit großer Parteien (Wiesendahl 2006: 104) sowie eines deutlichen Vertrauensverlustes der Bevölkerung gegenüber diesen (vgl. Gabriel 2013, Niedermayer 2013: 55 ff.) stellt eine neue im Bundestag vertretene Partei, die sich entlang der Spaltungslinie zwischen Kapital und Arbeit positioniert, für die darauf bezogene Forschung eine Herausforderung dar.

Hier scheint das Gruppenstrukturierungsparadigma (Wiesendahl 2013), nach dem Parteien immer noch als Ausdruck kollektiver Interessen betrachtet werden können, empirisch mehr Wahrheitsgehalt als das Individualisierungsparadigma zu offenbaren, laut dem Modernisierungsprozesse die Bindung an Formen kollektiver Identität erodiert haben sollen (vgl. Inglehart 1977, 1990, Simmel 2008, Eith/Mielke 2007: 18 ff.). Parteien und die von ihnen vertretenen sozialen Interessen sind immer noch relevant (vgl. Pappi/Brandenburg 2010: 480, Debus 2010: 746 f.) und die Linkspartei existiert im Zeichen einer höchst widersprüchlichen gesellschaftlichen Entwicklung: einer parteipolitischen Umstrukturierung in der gesellschaftlichen Spaltungslinie zwischen Kapital und Arbeit bei einer gleichzeitigen Abschwächung der Bindungen von Wählern an Parteien.

Um den Charakter dieser Entwicklung zu verstehen, ist eine Platzierung in einem gesamteuropäischen sowie historischen Kontext erforderlich. Linke Parteien sind heute fester Bestandteil der Parteienlandschaft vieler europäischer Länder. Die Familie der europäischen Linksparteien ist eine höchst heterogene hinsichtlich der politischen Traditionen, Organisationsstruktur und gesellschaftlichen Verankerung dieser Parteien. Diese Elemente, stehen häufig mit den institutionellen Rahmenbedingungen des jeweiligen Parteiensystems im Zusammenhang (Spier/Wirries 2007, March 2011, Hudson 2012, Janssen 2013). Ihre gemeinsame Identität wird in vorderster Linie von der Abgrenzung gegenüber der sozialdemokratischen und grünen Parteienfamilie abgeleitet. Insbesondere die Krise einer in „Marktsozialdemokratie“ (Nachtwey 2009) gewandelten Sozialdemokratie verhalf diesen Parteien, eine entsprechende Repräsentationslücke unter wichtigen Segmenten von Arbeitnehmern und Arbeitslosen zu füllen.

Darüber hinaus nehmen diese Parteien unterschiedliche Gestalten an. So ist der Kern des breiten griechischen Linksbündnisses Syriza aus dem griechischen Zweig des „Eurokommunismus“ hervorgegangen, während die französische Parti de Gauche eine Linksabspaltung der Sozialistischen Partei darstellt, die zusammen mit der Kommunistischen Partei Frankreichs den Großteil des losen Wahlbündnisses Front de Gauche ausmacht. Die LINKE kann analog zu diesen Parteien nicht als bloße Kontinuität der postkommunistischen PDS angesehen werden, sondern repräsentiert das Zusammenkommen unterschiedlicher linker Kräfte und politischer Sozialisationen in Deutschland unter spezifischen historischen Bedingungen, auch wenn sie als eine einheitliche politische Organisation aufgestellt ist.

2.1 Diskurs- oder Policy-Analyse?

Die Besonderheit des Themas besteht in der Vielfalt der möglichen Untersuchungsebenen. Untersucht werden nämlich zugleich eine politische Partei und ein Diskurs, sowie deren Interaktionsverhältnis. Diese Besonderheit erfordert zwangsläufig eine Forschungsherangehensweise, die in der Lage ist, die beiden Ebenen in Einklang zu bringen und so die reduktionistischen Fallen einer ausschließlichen Fokussierung auf die eine oder andere Ebene zu vermeiden.

Bis jetzt wurde die Thematik des Verhältnisses der deutschen Linken zum Nahostkonflikt entlang zweier Perspektiven erforscht. Zum einen geschah dies durch ihre Einbettung in die historischen Erfahrungen der Arbeiterbewegung (Kießler 1993) oder der DDR (Timm 1997). Zum anderen wird das Thema vom Gesichtspunkt des Werdegangs der (westdeutschen) Linken der Nachkriegszeit behandelt, entlang einer Ebene, die insbesondere vom Agieren außerparlamentar-

rischer Bewegungen geprägt war (Kloke 1990, Ullrich 2008). Diese Art von Forschung, insbesondere die Werke von Ullrich, haben wertvolle Erkenntnisse gebracht, vor allem bezogen auf Entwicklung und Werdegang eines spezifisch deutschen linken Nahostdiskurses. Die Grenzen einer reinen Fokussierung auf Diskurse offenbaren sich allerdings in der Anwendung auf eine insitutionalisierte politische Organisation.

Eine soziologische und neoinstitutionalistische Herangehensweise zur Linkspartei als institutionell eingebettetes Produkt langfristiger sozialer und politischer Entwicklungen scheint einen Schritt in diese Richtung zu liefern. Trotzdem macht der neuralgische Charakter des zu untersuchenden Problemfeldes eine Berücksichtigung der historischen Entwicklung von Diskursen um das Thema unumgänglich. Um die scheinbare Kluft zwischen der Analyse von institutionellem Handeln einerseits und den Auswirkungen politischer Diskurse auf die Mikroebene individueller Akteure andererseits zu bewältigen, soll hier Rückgriff auf die Soziologie von Pierre Bourdieu genommen werden, insbesondere auf seine Feldtheorie und seine Theorie des Habitus. Aus dieser Soziologie werden zwei Postulate abgeleitet, die das theoretische Rückgrat dieser Untersuchung bilden.

Zum einen ist es die Annahme, dass die politische Sozialisation individueller Akteure für die theoretische und praktische Haltung zum Thema Nahostkonflikt von entscheidender Bedeutung ist. Diese Sozialisation, die das Denken und Handeln der Akteure bei dieser Frage maßgeblich lenkt, soll unter dem Begriff des *Habitus* subsumiert werden. Der Habitus bildet den Schnittpunkt individueller Erfahrungen und Politikverständnisse der Akteure sowie der Strukturen, entlang denen sie sich bewegen. Diese Strukturen sind wiederum als *Felder* zu theoretisieren.

Daran anschließend besagt die zweite wichtige Hypothese dieser Untersuchung, dass die innerparteilichen Kontroversen der Linkspartei über den Nahostkonflikt letztendlich Auseinandersetzungen sind, die entlang dreier relativ autonomer Politikfelder mit ihrer jeweils eigenen Logik ausgetragen werden. Die drei hier konzipierten Felder sind:

- das *parlamentarische Feld*
- das *Bewegungsfeld*
- das *ideologische Feld*

Drei Gründe machen eine Berücksichtigung dieser Ebenen erforderlich. Zum einen weist der Nahostkonflikt eine neuralgische Bedeutung für das innen- und außenpolitische Selbstverständnis des deutschen Staates auf. Diese Bedeutung wird häufig unter dem Begriff der „Staatsräson“ erfasst und ist unter dem Stichwort der Regierungsfähigkeit für die LINKE als parlamentarischen Akteur ä-

berst relevant. Zum anderen ist das spezifisch *linke* Meinungsbild über den Nahostkonflikt eins, das in Debatten innerhalb sozialer Bewegungen wie der Außerparlamentarischen Opposition nach 1967 oder der Bewegung gegen den Irakkrieg von 2003 ausgeformt wurde. Schließlich ist die linke Debatte über den Nahostkonflikt durch eine theoretische Überkomplexität charakterisiert. Diese umfasst verschiedene Teilbereiche, wie etwa die Frage des Imperialismus, des Antisemitismus oder des Kolonialismus. Jedes der drei Felder ist durch eine eigenständige Logik, Praxis und Ziele gekennzeichnet, die später in diesem Abschnitt präziser nachgezeichnet werden sollen.

Als Leithypothese gilt hier, dass die Ursachen für den Dissens im Thema Nahostkonflikt innerhalb der Linkspartei weniger in spezifisch deutschen Befindlichkeiten oder in den unterschiedlichen kulturellen Sozialisationen der Ost- und Westmitglieder liegen. Auch wenn diese Elemente in der Debatte mit Sicherheit eine Rolle spielen, entspringt diese mehr den unterschiedlichen Logiken vom parlamentarischen Feld sowie vom Bewegungsfeld. Als eine selbstdefinierte bewegungsorientierte Partei im Bundestag mit einer spezifischen Entstehungsgeschichte schließt die Linkspartei Elemente beider Dynamiken mit ein. Das ist wiederum ihrem Wesen als eine der vielen widersprüchlichen linken „radikalreformistischen“ Formationen geschuldet, die in vielen europäischen Ländern zunehmend ab Mitte der 2000er die politische Bühne betraten.

Gefragt wird hier vor allem, welche dieser beiden Dynamiken im Verlauf der Debatte zwischen 2006 und 2011 dominant gewesen ist. Handelte es sich um einen in der Öffentlichkeit ausgetragenen und szeneninternen Krieg der Linken, oder war das Thema Nahost einer der vielen Streitpunkte in der strukturellen Auseinandersetzung zwischen den Ansätzen von Regieren und Opponieren? Wird die Linkspartei den Weg der Grünen gehen, die während ihrer Institutionalisierung ihre Haltung zum Konflikt, wie bei vielen anderen außenpolitischen Fragen, an die Vorstellungen der anderen Parteien angepasst haben? Wie wird die Partei ihr programmatisches Bekenntnis zur Zweistaatenlösung mit deren zunehmender *realer* Perspektivlosigkeit weiterhin vereinbaren können? Wie wird sie sich künftig gegenüber transnationalen sozialen Bewegungen wie der BDS-Kampagne verhalten? Auch wenn nicht alle diese Fragen beantwortet werden können, ist es hier möglich, Eckpunkte für das künftige Handeln der Partei in dieser Frage aufzustellen.

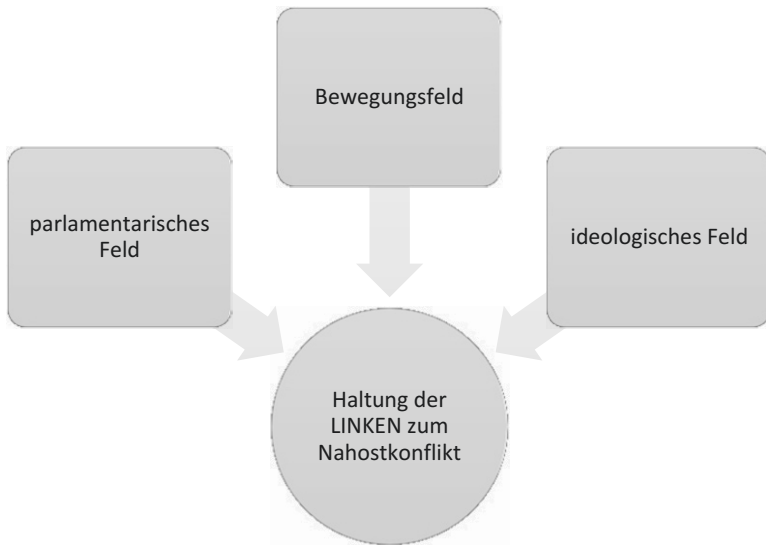


Abbildung 1: Die Felder der Nahostdebatte in der LINKEN

Die drei aufgestellten Felder existieren nicht unabhängig von den Subjekten. Die Akteure strukturieren diese durch ihr Handeln und werden wiederum von diesen geprägt. Für Bourdieu ist ein Feld „ein Spiel-Raum, ein Feld objektiver Beziehungen zwischen Individuen oder Institutionen, die miteinander um dieselbe Sache konkurrieren“ (1993: 188), nämlich um verschiedene Sorten von Kapital. Für soziales Handeln bedarf es der „Begegnung zweier Geschichten“: des „Zusammenspiel[s] der in Gestalt von Strukturen und Mechanismen [...] dinglich *objektivierten* Geschichte und der in Gestalt des Habitus in Körpern *einverlebten* Geschichte“ (2001: 193, Hervorhebung im Original). In den Meinungen und Handlungen individueller Akteure spiegeln sich somit gesellschaftliche, feldbedingte Prozesse wider, die von den Akteuren durch ihr Handeln mitstrukturiert werden. Die zentralen Begriffe des Feldes und des Habitus sollen im Folgenden näher erläutert werden.

2.1.1 Das Feld

Das Feld ist ein Ort, in dem sich soziale Praxisformen ausspielen. Der gesellschaftliche Raum ist in Bourdieus Meisterwerk, *Die feinen Unterschiede* (1982) in verschiedene Felder unterteilt (ökonomisches, juristisches, politisches und kulturelles Feld), wo der Habitus zum Ausdruck kommt. Allerdings ist von Feldern nur dort die Rede, wo bestimmte Dimensionen gesellschaftlicher Praxis *professionalisiert* werden (Koch 1998: 90). Als Beispiel für ein Feld nennt Bourdieu (1982: 358) den autonomen Bereich der Kulturproduktion. Dieser werde unter anderem von einer Reihe kultureller Objekte, Begriffssysteme und Theorien zusammengesetzt, die den Spielern ihre eigenen Regeln aufzwingen (1982: 358). Gleichzeitig betont Bourdieu, dass entgegen Behauptungen einer „objektiven Erkenntnis ohne erkennendes Subjekt [...] das objektivierte kulturelle Kapital in seiner materiellen und symbolischen Wirksamkeit“ sich nur aufgrund der Kämpfe verselbstständigen kann, die auf den Feldern der Kulturproduktion toben (1982: 358). Die Auseinandersetzungen um mehr Kapital zwischen verschiedenen Akteuren prägen somit die Dynamik der Felder und tragen zu deren Reproduktion *als solche* bei. Obwohl jedes Feld nach eigenen Regeln strukturiert ist, erkennt Bourdieu (1993: 108) im Kampf zwischen Neulingen und im Feld etablierten Akteuren eine strukturelle Gemeinsamkeit von diesen.

Ein weiterer Aspekt der Feldtheorie beschäftigt sich mit der Konkurrenz zwischen den Feldern. So formierte sich laut Bourdieu (1982: 361) das Feld der Kulturproduktion in Konkurrenz zum ökonomischen Feld aus. Anders als der „reine Künstler“ riskiert der ökonomisch erfolgreiche Künstler aufgrund der wachsenden Zugänglichkeit zu seinen Werken einen Statusverlust im Feld der Kulturproduktion.⁹ In diesem fungieren Innovation und ein höheres ästhetisches Vermögen zum Genuss der produzierten Werke als Mittel der Distinktion und Abhebung gegenüber anderen Akteuren im selben Feld. Der in seinem Feld anerkannte Künstler ist in der Lage, das von seiner Tätigkeit erzeugte symbolische Kapital in ökonomisches Kapital zu verwandeln, muss jedoch die Konkurrenz von neuen Herausforderern in seinem Feld fürchten. Was in einem Feld ein Vorteil ist, stellt in einem anderen einen Nachteil dar.

Ein ähnliches Konkurrenzverhältnis besteht zwischen dem parlamentarischen Feld und dem Bewegungsfeld, da in beiden Feldern höchst unterschiedliche Praxen und Prioritäten vorherrschen. Dieses Verhältnis sollte gleichzeitig als widersprüchlich aufgefasst werden, da es nicht nur eins der Konkurrenz, sondern

9 Als Beispiel nennt Bourdieu den Kontrast zwischen hohen, auf ein bürgerliches Publikum zugeschnittenen Preisen für Neuaufführungen bekannter Theaterstücke und den vergleichsweise niedrigen Preisen für experimentelle Theaterstücke, die mit ethischen und ästhetischen Konventionen brechen (1982: 369).

auch ein Komplementärverhältnis ist (von Winter 2013: 387ff.). Beide Instanzen verfügen über einen intermediären Charakter. Während parlamentarische Parteien den Vorteil besitzen, Leistungen auf institutioneller Ebene in Form von Umsetzungen von Entscheidungen hervorbringen zu können, sind Bewegungen näher an Individuen und gesellschaftlichen Gruppen angesiedelt (2013: 389). Obwohl beide Akteure in einem Kontext agieren, der von den gleichen institutionellen Strukturen und gesellschaftlichen Konfliktlinien geprägt ist (2013: 392), besteht zwischen ihnen aufgrund der unterschiedlichen Einbettung und Operationsweisen ein informelles, von kurzfristigen Kalkülen bestimmtes und wenig verbindliches Verhältnis (Poguntke 2000: 43). Parteien, die ein enges Verhältnis zu außerparlamentarischen Bewegungen pflegen und mit diesen personell verwoben sind, gehen das Risiko einer Doppelstruktur ein (Wiesendahl 2001: 615), in der eine Profipartei neben einer vereinsartigen Partei besteht. Eine Gefahr der Entfremdung beider Komponenten ist somit in Sicht, was parteiinterne Spannungen zur Folge haben kann.

Hier ist es wichtig zu betonen, dass die Anwendung der Feldtheorie im Sinne Bourdieus in diesem Fall eine lose ist. In der ursprünglichen Konzeption des Begriffes wird die jeweilige Position der Akteure innerhalb der Felder von der Verfügung über spezifische Sorten von Kapital bestimmt, sowie durch die soziale Laufbahn (*trajectoire*), d.h. die Veränderung der kapitalbedingten Position der Akteure innerhalb der Klassenstruktur. Die Existenz von verschiedenen messbaren Formen von Kapital in den hier aufgestellten Feldern ist jedoch nur schwer bis gar nicht operationalisierbar. Dies hängt vor allem damit zusammen, dass die hier untersuchten Akteure im Fall des Israel-Palästina-Konfliktes innerhalb aller drei Felder nahezu simultan operieren und abwechselnd um Einfluss im bürokratischen Parteiapparat, um die Deutung von Ereignissen auf der Ebene sozialer Bewegungen, sowie um die Deutungshoheit über den Begriff „links“ konkurrieren. Die Affinität oder Zugehörigkeit zu einem bestimmten Feld, die einen Einfluss auf die Positionierung zum Nahostkonflikt ausübt, wird hier vordergründig von der politischen Sozialisation der Akteure bestimmt, die bestimmte Dispositionen hervorruft und die mittels der historischen Schilderung der Entwicklung der linken Positionierung zum Nahostkonflikt in Deutschland in dieser Arbeit erklärt werden soll.

2.1.2 *Der Habitus*

Als „Scharnier“ (Koch 1998: 96) zwischen Klassenstruktur und Lebensstilen ist für Bourdieu der Habitus ein allgemeines Synonym für die Haltung des Individuums in der sozialen Welt, seine Disposition, seine Gewohnheiten, seine Le-

bensweise, seine Einstellungen und seine Wertvorstellungen (Fuchs-Heinritz/König 2005: 114). Der Habitus ist ein „Erzeugungsprinzip klassifizierbarer Formen von Praxis und *Klassifikationssystem* (principium divisionis) dieser Formen“ (Bourdieu 1982: 277, Hervorhebung im Original). Er funktioniert als ein System von Generierungsschemata bzw. Strategien für den Umgang der Akteure mit den vom Feld aufgezwungenen Regeln (1993: 113).

Diese Generierungsschemata lassen sich unterteilen in Wahrnehmungsschemata, die die alltägliche Wahrnehmung der sozialen Welt strukturieren, Denkschemata, zu denen Theorien und Klassifikationsmuster gehören, und Handlungsschemata, die von individuellen oder kollektiven Akteuren hervorgebracht werden (Schwingel 1995: 56). Der Habitus ist einerseits „strukturierte Struktur“, wird also von gesellschaftlichen Verhältnissen, in denen er agiert, geprägt, ist aber andererseits auch „strukturierende Struktur“ und ermöglicht es somit den Akteuren, die Welt, in der sie sich bewegen, zu klassifizieren. Sehr passend wird deshalb der Habitus auch als das Mittel beschrieben, mit dem das „soziale Spiel“ bei biologischen Individuen eingraviert wird (Wolfreys 2000).

Dies brachte Bourdieu oft den Vorwurf einer Reproduktion des Strukturalismus von Levi-Strauss und Althusser ein, den er generell ablehnte (Schwingel 1995: 63 ff., Callinicos 2007: 291). Relativiert wird diese Ähnlichkeit durch die Tatsache, dass Bourdieu den Habitus nicht als theoretischen Lösungsvorschlag allgemeinsoziologischer Problemstellungen intendiert hat (Schwingel 1995: 53), was eine offene und deskriptive statt einer analytischen Verwendung des Konzeptes wie in diesem Fall zulässt.

Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass der Habitus als System der Aneignung von Ressourcen in einem bestimmten Feld keine den Akteuren bewusste Strategie darstellt, sondern seine Funktion unbewusst ausführt (Bourdieu 1993: 113 f.). Für Bourdieu sind jedoch Menschen in ihrem Handeln nicht bloße Handlanger von Strukturen: Menschen werden nicht mit einem Habitus geboren, sondern dieser wird in einem jetzt vergessenen, unbewussten Sozialisationsprozess angeeignet. Mit diesem Konzept versuchte Bourdieu einen Mittelweg zu finden, der sich deutlich von Rational Choice bzw. methodologisch-individualistischen Ansätzen, aber auch vom subjektlosen Strukturalismus abgrenzt.¹⁰

10 Bourdieu begann seine Karriere als Philosoph und ging später in die ethnologische Forschung über mit einem Forschungsaufenthalt in Algerien, der großen Einfluss auf sein späteres Denken ausüben sollte. Auch der politische und intellektuelle Kontext Frankreichs zu der Zeit spielte eine wesentliche Rolle. Geprägt wurde das Land durch die Stabilität der semiautoritären Herrschaft von Charles de Gaulle. Im philosophischen Denken herrschte einerseits der „antihumanistische“ strukturalistische und subjektlose Marxismus von Louis Althusser (vgl. Wolf 2010) und andererseits der methodologische Individualismus von Jean-Paul Sartre (1967), der in Strukturen das unbeabsichtigte Resultat von individuellem Handeln erkannte.

2.1.3 *Die Interaktion von Habitus und Feld*

Es kann eingewendet werden, dass, wenn der Habitus das Feld durch seine Praxis strukturiert und er von diesem wiederum strukturiert wird, der Wandel oder der Bruch innerhalb eines spezifischen Feldes zur Unmöglichkeit verkommt. Die möglichen Implikationen einer ständigen Reproduktion gesellschaftlicher Verhältnisse durch die Sequenz „Habitus-Praxis-Struktur-Habitus“ muss der Feststellung Bourdieus gegenübergestellt werden, dass die kontinuierliche Ausdifferenzierung der modernen Gesellschaft in mehreren voneinander autonomen Feldern zum Ergebnis hat, dass ein Habitus überdurchschnittlich in Verhältnissen bzw. Feldern zur Anwendung kommt, die von seiner ursprünglichen Genese sehr verschieden sind (Schwingel 1995: 72).

In Abhängigkeit von neuen Erfahrungen werden so die Dispositionen des Habitus der Akteure einer ständigen Revision unterworfen, die jedoch von einem dialektischen Verhältnis zwischen Beharren und Wechsel gekennzeichnet ist (Bourdieu 2001: 207). Das bedeutet, dass auch die Umstellung auf neue Situationen habitusspezifische Züge trägt und als Bruch, gleichzeitig aber auch als Kontinuität zu verstehen ist.

In diesem Fall heißt es konkret, dass die Akteure in der Nahostdebatte innerhalb der Linkspartei nicht immer ausschließlich in einem Feld agieren, sondern häufig über einen Habitus verfügen, der in einem Feld geformt wurde und in einem anderen zur Anwendung kommt. Die Linkspartei ist eine Partei, in der Akteure aus sozialen Bewegungen nicht nur parlamentarische Posten übernommen haben, sondern auch in einigen Fällen in den Führungsapparat aufgestiegen sind. Sie bringen ihren von den sozialen Bewegungen geprägten Habitus im Parteifeld ein. Dabei befinden sie sich neben anderen Akteuren, die seit längerer Zeit „das Spiel beherrschen“. Unterschiedliche Vorprägungen von Akteuren im gleichen Feld können unterschiedliche Deutungen und Handlungen zu bestimmten Fragen hervorrufen, die die herrschende Ordnung in diesem Feld in Frage stellen können.

Politische Sozialisation in Gestalt des Habitus und Politikfeld stehen in einem wechselseitigen und nicht selten widersprüchlichen Verhältnis zueinander. In den folgenden Abschnitten sollen die Eigenschaften, Strukturen und Mechanismen der drei konzipierten Felder der Untersuchung nachgezeichnet werden.

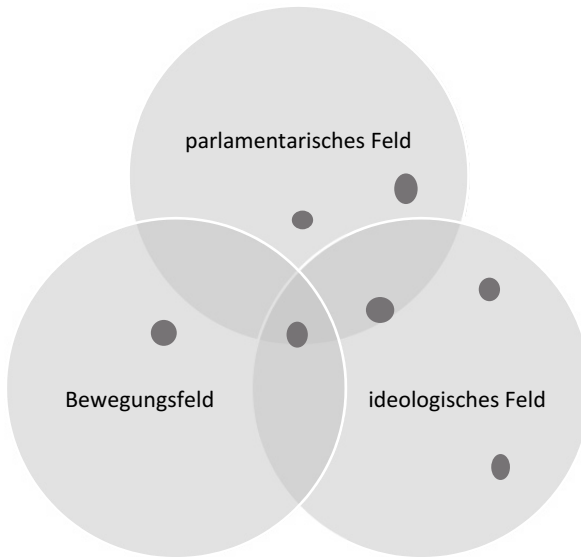


Abbildung 2: Beispiel der Überschneidungen der verschiedenen Felder der linken Nahostdebatte

2.2 Das parlamentarische Feld

Parteien sind heute in westlichen parlamentarischen Demokratien „als maßgebliche Träger politischer Willensbildung und Organisatoren politischer Macht nicht mehr wegzudenken“ (Wiesendahl 2006: 3). Historisch betrachtet hat sich ein Großteil der Parteienforschung auf die Rolle der Parteien in ihrem relationalen Verhältnis zu anderen Parteien bzw. in ihrem Agieren innerhalb des elektoralen Prozesses konzentriert. Als Orientierung für diese Herangehensweise dienen historische Ansätze wie die von Max Weber (1980: 167), der in Parteien „Organisationen für die Werbung von Wahlstimmen“ erkannte.

Parteien können aus einer reichen Vielfalt von Perspektiven untersucht werden. Die unterschiedlichen Eigenschaften, Ziele und Rollen von Parteien sind das Objekt einer Reihe von Typologien. Beispiele dafür sind der Rational-

Choice-Ansatz des Office-/Vote-/Policy-Seeking-Modells¹¹ von Wolfgang C. Müller und Kaare Strøm (1999), die Unterteilung in „party in public office“, „party central office“ und „party on the ground“ (Katz/Mair 1993) oder die Gliederung von Parteien in legislative, elektorale und Apparatparteien (Sartori 2005: 16 ff.).¹² Sartori (2005: 23 ff.) nennt in diesem Zusammenhang eine Reihe von locker definierten gesellschaftlichen Funktionen, die von Parteien erfüllt werden: freiwillige politische Partizipation, Stimmenwerbung, Integration, Artikulation bzw. Vermittlung von Interessen, Konfliktbewältigung, soziale Mobilität (die Partei als Karrieresprungbrett), die Ausführung politischer Entscheidungen sowie die Vermittlung gesellschaftlicher Anliegen in Richtung Staat.

Die Forschung zu Parteien hat sich mit der Zeit entlang dreier Kategorien ausgeformt, der normativen, der deskriptiven und der explanativen Parteienforschung (vgl. Wiesendahl 2013). Während die normative Forschung versuchte, die Funktionen von Parteien im Rahmen parlamentarischer Systeme demokratietheoretisch zu erfassen,¹³ beschäftigte sich die deskriptive, angestoßen durch Maurice Duvergers Klassiker *Die politischen Parteien* (1959), intensiver und phänomenologisch mit dem spezifischen Wesen von Parteien als Organisationen. Explanative Ansätze verfolgen wiederum das Ziel, Parteien theoriegeleitet unter anderem als Gegenstände von gesellschaftlichen Prozessen und Verschiebungen zu betrachten.

Ein solcher Ansatz ist der soziologische, der z.B. Wandlungen von Parteien und Parteiensystemen als Folge und Reaktion auf vorgelagerte gesellschaftliche Modernisierungsprozesse ansieht (Wiesendahl 2013: 26). Entscheidend ist hier die Berücksichtigung der gesellschaftlichen Spaltungslinien (*Cleavages*) (Lipset/Rokkan 1967), wie die zwischen Kapital und Arbeit, aber auch von neuen, die vom Übergang ab Ende der 70er zu einer „postindustriellen“ Gesellschaft (Inglehart 1990) ausgeformt wurden. Vielerorts ist heute die Rede von zwei wesentlichen Cleavages, entlang denen sich Parteien verorten lassen: einerseits

11 Nach diesem Modell konzentrieren sich Office-Seeking-Parteien auf die Besetzung von Ämtern, Vote-Seeking-Parteien auf die Maximierung von Wählerstimmen, während bei Policy-Seeking-Parteien die Verfolgung konkreter politischer Ziele im Mittelpunkt steht.

12 Legislative Parteien haben als Kernziel die Verabschiedung von Gesetzen. Die amerikanischen Massenparteien sind ein gutes Beispiel für elektorale Parteien, für die eine sehr lose bis nicht vorhandene Bindung der Anhängerschaft durch formelle Mitgliedschaft kennzeichnend ist und die mehr als Wahlplattform und weniger als Organisation fungieren. Apparatparteien dagegen besitzen eine ausgeprägte Bürokratie, sind mitgliedschaftsorientiert und versuchen einen starken Einfluss auf die Gesellschaft auszuüben. Kommunistische Parteien sowie sozialdemokratische Parteien wie die SPD vor der Schröder-Ära können als der Idealtypus einer Apparatpartei angesehen werden.

13 Gemeint ist hier eine eher instrumentelle Sicht von Parteien, die sich auf ihre Integrations- und Legitimationsfunktion für politische Systeme konzentrierte, oder etwa auf ihre Rolle als Instrument zur Durchsetzung des Volkswillens (Michels 1970).

der sozioökonomischen Spaltungslinie zwischen Marktliberalismus und staatlichem Eingriff in die Wirtschaft, andererseits der politisch-kulturellen Spaltungslinie entlang der Pole der libertären und autoritären Wertorientierungen (Niedermayer 2006: 103). Die Parteien entsprechen hier „sozialmoralischen Milieus“ (Lepsius 1973), deren Bewusstsein und Verhalten von diesen Spaltungslinien maßgeblich geprägt werden.

Einen weiteren explanativen Ansatz bilden neoinstitutionalistische Herangehensweisen in der Parteienforschung. Unter institutionellen Arrangements sind „Regelwerke und Ordnungssysteme“ gemeint, „die Parteien in ihrer Struktur, Form, ihrem Verhalten und Interaktionen untereinander prägen“ (Wiesendahl 2013: 28). Diese zwei Dimensionen der Parteienforschung – Parteien als Ausdruck gesellschaftlicher Prozesse und Parteien als institutionell eingebettete Akteure – werden in dieser Untersuchung besonders berücksichtigt.

2.2.1 *Parteien als „korporative Akteure“*

Im Parlament vertretene Parteien unterliegen institutionellen Rahmenbedingungen, die ihnen bestimmte Regeln aufzwingen und Grenzen des Handelns aufzeigen. Parlamentarische Parteien verfügen über mehr Machtressourcen als außerparlamentarische und haben ein natürliches Interesse an einem fortdauernden Zugriff darauf. Durch einen erhöhten Stimmenzuwachs hoffen Parteien, die Politik eines Landes in ihrem Sinn zu gestalten. Dies geschieht bei großen Volksparteien direkt, während sich kleinere Parteien durch Stimmenzuwachs erhoffen, zu einflussreichen Machtfaktoren aufzusteigen.

Doch es ist nicht nur das Streben nach politischer Macht, das das Wesen von Parteien ausmacht, sondern sie verfügen über einen Doppelcharakter. Sie befinden sich einerseits durch ihre Stellung in „Arenen der Einbettung“ (Panebianco 1988) in einem interaktiven Verhältnis zu ihrer Umwelt. Andererseits ist das Handeln von Parteien nicht ausschließlich auf die Umstände ihrer externen Umgebung zurückzuführen. Sie sind gleichzeitig komplexe eigenständige kollektive Akteure mit einem widerspruchsvollen Binnenleben. Um das Verständnis von Parteien unter Berücksichtigung der inneren Dynamik zu erweitern, soll hier der Blick auf sie als Organisationen bzw. als korporative Akteure vertieft werden. Unter diesem Begriff verstehen Renate Mayntz und Fritz W. Scharpf (1995), angelehnt an Coleman (1974):

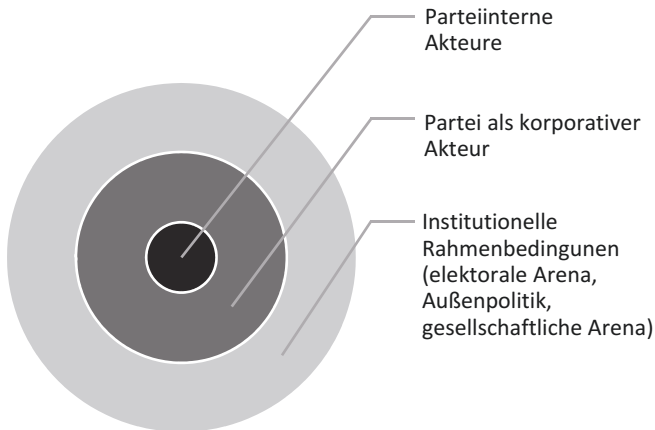


Abbildung 3: Die Partei als institutionalisierte Institution

„handlungsfähige, formal organisierte Personen-Mehrheiten, die über zentralisierte, also nicht mehr den Mitgliedern individuell zustehende Handlungsressourcen verfügen, über deren Einsatz hierarchisch (zum Beispiel in Unternehmen oder Behörden) oder majoritär (zum Beispiel in Parteien oder Verbänden) entschieden werden kann (1995: 49f).“

Mayntz und Scharpf nennen weiterhin die Fähigkeit zur kollektiven Willensbildung, die effektive Steuerung des Handelns und die Stellvertretung durch Überlassung der Mitgliedsrechte als die drei Hauptmerkmale korporativer Akteure.¹⁴ Auch wenn es viele verschiedene Ansichten zum Nahostkonflikt innerhalb der LINKEN gibt, ist das „Eigengewicht der Organisation“ (Nachtwey 2009: 33), das diese Meinungen in Richtung einer kohärenten Politik aggregiert, von ausschlaggebender Bedeutung. Angeleitet durch diese Sicht von Parteien als korporative und institutionell eingebettete Akteure zugleich sollen hier einige Dimensionen ihres Seins und Handelns dargestellt werden.

14 Eine weitere neoinstitutionalistische Sichtweise betrachtet formale Organisationen wie Parteien als selber in Institutionen eingebettete Institutionen die – ähnlich dem Strukturierungsansatz von Giddens – ganze soziale Systeme strukturieren (vgl. Türk 1997, Zucker 1988).

2.2.2 *Struktur, Handlung, Ideologie*

Im Kern dieser Untersuchung liegen drei grundsätzliche Fragen. Erstens, wie bilden Akteure – in diesem Fall Parteien und ihre individuellen Mitglieder – ihre Ideen zu einem bestimmten Thema. Zweitens, welche sind die Faktoren die die Akteure jenseits dieser Ideen, zu konkreten Handlungen bei diesem Thema ermutigen, bzw. davon abhalten. Und drittens, welcher ist der Charakter der Beziehung von Akteuren und ihren Ideen zu den sozialen Strukturen in denen sie sich bewegen, sowie zu den Ideen die von diesen Strukturen ausgehen.

Parteien besitzen eine reflexive Wahrnehmung des eigenen Selbst, eine „prozessuale Selbstreferenz“ (Luhmann 1987: 601, vgl. Nachtwey 2009: 28) und sind gleichermaßen politische Akteure. Sie besitzen ein Bewusstsein ihrer eigenen Geschichte. Es ist diese Reflexivität, die es erforderlich macht, das Handeln von Parteien nicht lediglich durch den Parteienwettbewerb und die Binnendynamik zu betrachten, sondern auch deren Einbettung in gesamtgesellschaftliche Strukturen und Institutionen, die sie teilweise selber mitgestalten. In diesem Prozess werden Parteien von ihrer Umwelt strukturiert, andererseits strukturieren sie diese selber. Diese „Dualität der Struktur“ bildet auch den Kern von Anthony Giddens (1995) Theorie der Strukturierung:

„In ihrem Alltagshandeln beziehen sich die Akteure immer und notwendig auf die strukturellen Momente übergreifender sozialer Systeme, deren strukturelle Momente sie so zugleich reproduzieren (1995: 77ff.).“

Der große Vorteil der Theorie der Strukturierung liegt darin, dass sie die prägende Rolle von Strukturen zur Kenntnis nimmt, ohne in einen strukturellen Determinismus abzugleiten (Callinicos 2009a: xxi), der den Akteuren die Fähigkeit zum Handeln verweigert. Giddens versteht Strukturen als „Regeln und Ressourcen“ (1995: 45), d.h. als Instanzen, die das Handeln nicht lediglich einschränken, sondern es auch ermöglichen und hervorrufen. Gleichzeitig besitzen für Giddens die institutionalisierten Aspekte sozialer Systeme gegenüber Akteuren eine relative Unabhängigkeit. Hier werden Ähnlichkeiten mit Bourdieus Ansatz des Zusammenspiels von Feld und Habitus deutlich, jedoch auf einer breiter aufgefassten, institutionellen Ebene.

Nicht nur für das Handeln von Parteien, sondern auch für die in dieser Arbeit untersuchten sozialen Bewegungen ist die Frage des Verhältnisses von Strukturen und Ideologie relevant. Diese Abhandlung geht vom Standpunkt aus, dass die dominanten Strukturen einer Gesellschaft auch das ausüben, was Antonio Gramsci als eine mehr auf Überzeugung und weniger auf Zwang gestützte *Hegemonie* bezeichnet hat (vgl. Anderson 1976). Strukturen strahlen nicht so sehr ein „falsches Bewusstsein“ aus, sondern wirken beherrschend auf Subjekte durch die

Verhinderung der notwendigen Reflexion, die ihre Überwindung ermöglichen könnte (Callinicos 2009a: 176). Gesellschaftliche und institutionelle Strukturen bilden den Kontext in dem sich die Auseinandersetzungen zum Nahostkonflikt innerhalb der LINKEN abspielen. Dieser Kontext in dem die Akteure der Nahostdebatte ihre Interessen und Strategien formulieren ist laut Colin Hay (2002: 282) immer *diskursiv* vermittelt.

2.2.3 Welche Institutionen?

Ein zentraler Bestandteil jeder neoinstitutionalistischen Analyse ist der Begriff der Institutionen. Diese sind als Systeme von den Regelmäßigkeiten, die sie den Akteuren aufzwingen, gekennzeichnet (Wiesendahl 2013: 28). Dabei stellt sich die Frage nach der Reichweite der Anwendbarkeit des Begriffes. Für die vom Funktionalismus geprägte amerikanische sozialwissenschaftliche Tradition (Parsons 1940, Selznick 1957) der 40er und 50er Jahre war der normative Aspekt von Institutionen von großer Bedeutung. Diese erfassten demnach nicht nur Basisinstitutionen wie Ehe, Familie oder Recht, sondern auch alle strukturerhaltenden Momente der Gesellschaft, sofern diese eine wertmäßige Basis haben (Senge 2006: 37).

Richard Scott (2001: 48 ff.) unterteilt Institutionen in drei Hauptkategorien. Regulative Institutionen umfassen Regeln, Gesetze und Verträge und setzen sich mittels der Androhung von Sanktionen bei Nichtbefolgung durch. Der Staat wird hier als das beste Beispiel dieser Art von Institution genannt. Normative Institutionen und Werte andererseits haben als Quelle ihrer Durchsetzungskraft eine moralische, abstrakte Autorität, deren Wirkung abhängig ist vom Grad ihrer Internalisierung oder von dem auf das Individuum ausgeübten Erwartungsdruck durch andere Akteure (Senge 2006: 39). Die dritte Kategorie besteht aus kognitiven Institutionen (Scott 2001: 57 ff.). Zu dieser Gruppe zählen Glaubenssysteme und kulturelle Rahmenbedingungen, Deutungssysteme und *common scripts*. Der Begriff des Skripts impliziert, dass die durch kognitive Institutionen geregelten Handlungen routinemäßig, selbstverständlich und quasiautomatisch ablaufen (Senge 2006: 39). Handlungen werden in diesem Fall durchgesetzt, „because other types of behavior are inconceivable“ (Scott 2001: 57).

Da Institutionen in der neoinstitutionalistischen Parteienforschung äußerst breit gefasst sind (vgl. Wiesendahl 2013: 27 ff.), ergibt sich hier die Möglichkeit einer mehrschichtigen Anwendung des Begriffes auf den Untersuchungsgegenstand. Institutionen wie das Parlament bilden eine offensichtliche Institution für jede Partei. Darüber hinaus spielen jedoch normative Institutionen und Werte eine prägende Rolle für den Verlauf der Nahostdebatte in der LINKEN. Die

angestrebte und andauernde „Normalisierung“ deutscher Außenpolitik seit 1990 (Hawel 2006a) ist beispielsweise in den letzten Jahrzehnten zu einer normativen Institution der Kultur der politischen Klassen der Bundesrepublik aufgestiegen.

Gemäß dem Doppelcharakter von Parteien sollen hier nicht nur außerhalb der Parteien liegende Instanzen als Institutionen bezeichnet werden, sondern auch die Parteiorganisation selbst. Unter dem Stichwort der Institutionalisierung gilt es somit, eine Trennung zwischen der *internen* und *externen* Institutionalisierung der Linkspartei vorzunehmen. Erstere umfasst die organisatorische Konsolidierung der Partei, während Letztere mit ihrer politischen, aber auch gesellschaftlichen Verankerung in der deutschen politischen Arena konnotiert.

Als eine weitere institutionelle Rahmenbedingung sollen hier die Medien berücksichtigt werden. Wenn es um Politikvermittlung¹⁵ geht, nehmen diese als zentraler Informationsvermittler und Interpret politischer Entscheidungen neben politischen Parteien als intermediäre Organisation eine herausragende Stellung ein (Jun/Borucki/Reichard 2013: 349). Die zunehmende Professionalisierung von Parteiapparaten beim gleichzeitigen objektiven und als „Mediokratie“ (Meyer 2001) bezeichneten Machtzuwachs der Medien führt nicht selten dazu, dass Parteihalte mit führenden individuellen Persönlichkeiten einer Partei in der gesellschaftlichen Wahrnehmung identifiziert werden. Dies hat zur Folge, dass in der innerparteilichen Gemengelage diese Persönlichkeiten eine autonome Handlungsfähigkeit aufweisen, die weit über deren reale und mit einem politischen Amt verbundene Machtkapazität hinausgeht. Gleichzeitig sind Medien nicht nur aus Sicht der politischen Akteure instrumentell nützlich, sondern sind selber von einer eigenständigen politischen Ökonomie gekennzeichnet (Herman/Chomsky 1988), die es ihnen erlaubt die Ausrichtung der politischen Parteien mitzubestimmen.

2.2.4 *Dominante Koalitionen und Programmatik*

Trotz des einheitlichen Handelns eines korporativen Akteurs wie einer Partei ist deren Führung fast immer das Resultat der Hegemonie einer dominanten Koalition. Eine dominante Koalition wird laut Angelo Panebianco (1988: 37) nicht ausschließlich aus den in Gremien oder in der Führung tätigen Mitgliedern einer

15 Unter dem Begriff versteht Jun „die von den politischen Akteuren ausgehenden Kommunikationsleistungen, die alle direkten oder medienvermittelten einschließen. Sie umfasst alle Kommunikationsformen und kann sowohl auf konkrete politische Handlungen als auch auf allgemeine Fragen bezogen werden. Sie wird in informierender und instrumenteller Absicht genutzt, um Unterstützung für politische Ziele hervorzuheben“ (Jun 2004: 33, zitiert in Jun/Borucki/Reichard 2013: 349).

Partei zusammengesetzt, sondern umfasst ein Bündnis aus Führung und Teilen des intermediären Apparats sowie manche lokale Gliederungen der Partei. Die dominante Koalition ist hegemonial durch ihre Kontrolle über bestimmte Zonen organisatorischer Unsicherheit (1988: 22) und zeichnet sich durch eine Reihe von Aktivitäten aus. Bei diesen Zonen handelt es sich unter anderem um Kompetenz bzw. einen relativ erhöhten Wissenszugang, der dem „kompetenten“ Akteur ein erhebliches Gewicht verleiht (z.B. durch die Drohung mit seinem Rücktritt). Die Verwaltung der Beziehungen der Partei zu ihrer Umwelt, die Kontrolle über die Finanzierung, über Mechanismen der Anwerbung von neuen Mitgliedern sowie über die parteiinternen Kommunikationskanäle stellen weitere Zonen dar. Schließlich bildet die Deutungshoheit über Regeln, die nicht selten widersprüchlich artikuliert sind, eine wichtige Zone organisatorischer Unsicherheit (1988: 33 ff.).¹⁶

In der Programmatik kommen wiederum die Weltanschauungen von Parteien zum Ausdruck. Deutsche Parteien sind Programmparteien (Klingemann/Volkens 2001). Sie geben sich Grundsatzprogramme, „die vor allem zur Binnenversionierung über die langfristigen Ziele der Partei dienen und nach einem breiten innerparteilichen Diskussionsprozess vom Parteitag verabschiedet werden“ (Bukow/Poguntke 2013: 188). Diese fungieren dabei als zeithistorische Analysen der gesellschaftlichen Herausforderungen (Merz/Regel 2013: 215). Hier betätigen sich Parteien mit ihrer Programmatik im ideologischen Feld, indem sie häufig in Form von Satzfragmenten Analysen über die Weltlage aufgreifen und ihre Rolle als Akteure gegenüber diesen definieren. Somit besitzen Grundsatz-, aber noch öfters Wahlprogramme die Funktion, Interessen zu aggregieren und diese zu einem Programm zusammenzufügen, indem sie gesellschaftliche Probleme identifizieren und Lösungsvorschläge unterbreiten (2013: 211).

Im Gegensatz zur auf das *responsible party model* zutreffenden Annahme, Parteien setzten um, was sie in den Programmen versprechen (Thomassen 1994), ist das Verhältnis zwischen Politik und Programmatik von Parteien als höchst ambivalent einzustufen. Die regelmäßige Verabschiedung von Wahlprogrammen als von Grundsatzprogrammen lässt Letztere nicht selten als abstrakt und für die konkrete Politik als zunehmend irrelevant erscheinen. Allerdings zwingen Grundsatzprogramme der Führung von Parteien einen definierten und nur bis zu einem gewissen Punkt ausdehnbaren Rahmen auf, da ihre integrative Funktion (Kremendahl 1977: 13) für einen radikalen Kurswechsel der Führung bremsend wirkt.

16 Panebianco (1988: 36) betont jedoch, dass die Kontrolle der dominanten Koalition über diese Zonen immer als eine relative verstanden werden muss, da all diese Bereiche schwierig zu monopolisieren sind.

2.2.5 *Fragmentierung und parteiinterne Opposition*

Ergänzend zu ihrem korporativen Charakter werden Parteien auch von internen Differenzierungen gekennzeichnet. Im Ansatz von Panebianco (1988: 39) sind dominante Koalitionen nicht Bündnisse zwischen homogenen Gruppierungen innerhalb einer Partei, sondern „Bündnisse von Bündnissen“. Die Bindung zwischen diesen verschiedenen Subgruppen ist bei Parteien, die aus festen Fraktionen bestehen (wie z.B. formell organisierten Strömungen), deutlich stärker und stabiler als bei Parteien, die in losen, oft themenspezifischen Tendenzen organisiert sind. Der Charakter innerparteilicher Fragmentierung kann variieren. Er kann gesamtgesellschaftlichen Konfliktlinien entsprechen, häufiger jedoch kommt es vor, dass sich die gesellschaftlichen Cleavages in der Bildung von klassenbasierten Parteien widerspiegeln. In weniger zugespitzter Form können Gruppen mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Interessen koexistieren, wie es beispielsweise bei christdemokratischen Volksparteien der Fall ist.¹⁷ Parteien können auch entlang regionaler, ethnischer oder religiöser Linien gespalten sein.¹⁸ Die Konfliktlinien können zwischen Führung, Parlamentsgruppe und Basis verlaufen oder alle drei durchkreuzen.

In sozialdemokratischen, linkssozialistischen und kommunistischen¹⁹ Parteien (aber nicht nur dort) werden innerparteiliche Auseinandersetzungen oft unter den Begriffen „linker“ und „rechter Flügel“ geführt. Diese Begriffe sind jedoch analytisch unpräzise; in einer sich als links bezeichnenden Partei würden sich nur wenige Personen des „rechten“ Flügels – im Gegensatz zu Anhängern des „linken“ Flügels – als „Rechte“ bezeichnen. In Parteien, die sich auf der linken Seite des Cleavages zwischen Kapital und Arbeit verorten lassen, teilen die Akteure einen ähnlichen politischen Orientierungsansatz (z.B. „soziale Gerechtigkeit“ oder „demokratischer Sozialismus“). Die Spaltungslinien lassen sich hier in der Auswahl der Strategie für das Erreichen der Ziele verorten. Es kann von einem Gegensatz zwischen den Polen der primären Orientierung an außerparlamentarischen Mitteln einerseits und der primären Orientierung an parlamentarischen, bzw. programmatischen Mitteln andererseits gesprochen werden. In der Linkspartei handelt es sich bei beiden Polen um reine Idealtypen, da der hundertpro-

17 Insbesondere bei katholischen Parteien dürfte dies im Einklang mit den Prinzipien eines katholischen gesellschaftlichen Korporatismus gesehen werden.

18 Das gilt vor allem in multiethnischen Staaten wie beispielsweise in Belgien, wo die zunehmenden Konflikte zwischen den Regionen Flandern und Wallonien auch die Spaltung der christdemokratischen und sozialistischen Parteien des Landes verursachten.

19 Trotz der demokratisch-zentralistischen Struktur „traditioneller“ kommunistischer Parteien, die bekanntlich die Bildung von formalen Strömungen verbietet und nur ad-hoc-Gruppierungen im Vorfeld von Parteikongressen erlaubt, war und ist innerparteiliche Fraktionierung ein Teil ihres Charakters, wenn auch aufgrund ihrer formalen „Nichtexistenz“ empirisch schwer zu erfassen.

zentig bewegungsorientierte Akteur keine parlamentarische Partei benötigt, während auch der „rechtste“ „Realo“ ein Mindestmaß an Bewegungsnähe benötigt, um sein Agieren innerhalb der Partei rechtfertigen zu können.

Diese unterschiedlichen politischen Präferenzen organisieren sich innerhalb von Parteien in Strömungen. Joachim Raschke (1977: 22) spricht von Strömungen und Tendenzen als nachweisend für artikulierte, aber nicht organisierte politische Unterschiede. Heutzutage sollte bei Strömungen jedoch von Zusammenschlüssen ausgegangen werden, die sich durch Kontinuität auszeichnen. Ob die Strömungen der Linkspartei auch den Kriterien Raschkes für innerparteiliche Opposition entsprechen – Gruppenbewusstsein, Organisation, sachliche politische Unterschiede sowie Kontinuität (1977: 23 ff.) – gilt es hier zu untersuchen. Abhängig vom Kontext können Auseinandersetzungen zwischen Strömungen einen unterschiedlichen Effekt auf die Stabilität der Organisation haben. Offen ausgetragene Konflikte können ein Indikator der Stabilität und Institutionalisierung einer Organisation sein, während nicht ausgetragene Konflikte „die tatsächliche Labilität der Organisation nur verdecken [können]“ (Coser 1965: 97, zitiert in Raschke 1977: 28). Bei einer interessenpluralistischen internen Opposition ist eine Spaltung weniger wahrscheinlich als bei einer richtungspolitischen (Raschke 1977: 29). Als Gegenteil zur Spaltung fungiert nicht selten die Angst vor dem Verlust von Einflusspositionen und dem „Absinken zur Splitterpartei“ (1977: 29).

2.2.6 *Die Austragung von Konflikten in Parteien*

Elmar Wiesendahl spricht von Parteien als „lose verkoppelte Anarchien“ (1998: 242), die aber trotzdem geteilte Werte, Interessen und Organisationsstrukturen besitzen, die sie zusammenhalten. Diese Bezeichnung trifft im deutschen Kontext besonders zu. Die institutionellen Rahmenbedingungen des deutschen Föderalismus haben zur Folge, dass die Landesverbände parlamentarischer Parteien weitgehend autonom agieren können (Bukow/Poguntke 2013: 181) und somit seit Gründung der Bundesrepublik zu den entscheidenden Zentren des innerparteilichen Lebens aufsteigen könnten (2013: 185). Laut Wiesendahl können somit innerparteiliche Konflikte die Gestalt eines Konfliktes zwischen nationaler und regionaler, aber auch zwischen verschiedenen regionalen Ebenen annehmen.

Parteien können mit inneren Konflikten unterschiedlich umgehen. Michael Koß (2006: 113 f.) unterscheidet zwischen den Lösungsstrategien der Uneindeutigkeit, der „losen Kopplung“, sowie der „Hypokrisie“. Entscheiden sich Parteiführungen, Probleme uneindeutig zu lösen, dann präzisieren sie die problembezogenen Ziele nur ungenau, was ihnen einen größeren Spielraum im Umgang mit

dem Problem gewährleistet. Die „lose Kopplung“ wiederum stellt eine institutionalisierte Form der Uneindeutigkeit dar, die das Ziel verfolgt, den innerparteilichen Konflikt zu entschärfen. Die Anwendung von Lösungen im Unterfeld der (Grundsatz-)Programmatik wäre eine Form dieser institutionalisierten Lösung. Die Hypokrisie steht dagegen für einen mehrdimensionalen Lösungsmechanismus. Die politischen Richtungen der Diskussion über einen Konflikt einerseits sowie die verbindliche Entscheidung über seine Lösung andererseits sind bewusst nicht deckungsgleich. „Je größer die Diskrepanz zwischen den Interessen der Basis und den Entscheidungen der Parteiführung, desto größer das Maß an Hypokrisie“ (2006: 114).

2.3 Das Bewegungsfeld

Die Aufzeichnung eines zusätzlichen Felds von Bewegungen gründet auf zwei Säulen. Zum einen bestätigt die Linkspartei in ihrer heutigen Form die Auffassung, dass linke Parteien immer aus Bewegungen entstanden sind (Meuche-Mäker 2006: 126). Die Gründung der Linkspartei ist nicht losgelöst von der außerparlamentarischen Bewegung der Montagsdemonstrationen von 2003 bis 2004 zu betrachten. Der Zeitraum ihrer Gründung fiel zeitlich ungefähr zusammen mit dem Erscheinen neuer Bewegungen und zunehmend internationalisierten Aktionsformen, wie der globalisierungskritischen Bewegung mit ihren sozialen Fora. Zum anderen erhebt die LINKE den Anspruch, eine bewegungsorientierte Partei zu sein (Meuche-Mäker 2007: 68 f., vgl. Kipping 2007).²⁰ Das offizielle Gründungsjahr 2007 war auch das Jahr der Proteste gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm, bei denen die Partei eine wichtige logistische Rolle spielte. Die internationale Diffusion von Protestbewegungen wie Occupy oder die „Besetzung der Plätze“ in Griechenland und Spanien, ebenso die Umwälzungen im arabischen Raum ab 2011, signalisieren den Anbruch einer neuen Welle von krisenbedingten Bewegungen, zu denen die Partei in verschiedenen Arten und Weisen einen Bezug sucht.²¹

Die wichtigste solche Bewegung im Bereich des Nahostkonfliktes ist die ab 2005 agierende globale Initiative der palästinensischen Zivilgesellschaft für einen Boykott, Abzug von Investitionen und Sanktionen gegen Israel (BDS), die

20 „Wir wollen ein Bündnis von Gewerkschaften, globalisierungskritischen und gesellschaftskritischen Initiativen, sozialen Bewegungen, progressiven Menschen aus Wissenschaft und Kultur und der parteipolitischen Linken entwickeln“ (DIE LINKE 2011: 73).

21 Ein gutes Beispiel dafür ist die aktive Teilnahme der LINKEN an den seit 2012 jährlich stattfindenden Aktionen des Blockupy-Bündnisses und den damit verbundenen Protesten vor der Europäischen Zentralbank in Frankfurt.

als Ursache für einen wesentlichen Anteil der innerparteilichen Auseinandersetzungen in der LINKEN zum Nahostkonflikt gilt. Die BDS-Kampagne ist nur das letzte Kapitel in der langen Geschichte der westlichen linken Einbettung der Nahostproblematik in der Ebene von sozialen Kampagnen und Aktivismus. In Deutschland wurzelt die linke Wahrnehmung des Nahostkonfliktes in Debatten innerhalb der „außerparlamentarischen Opposition“ (APO), den verschiedenen linken Gruppen der 70er, in der Friedens- und Antikriegsbewegung sowie im globalisierungskritischen Umfeld. Durch die Beteiligung von Abgeordneten der Linkspartei an der „Gaza-Flottille“ des *Free Gaza Movement* wird zusätzlich eine zu beachtende grenzübergreifende Vernetzung von Bewegungsinitiativen um den Nahostkonflikt evident. Auf der israelsolidarischen Seite weist die anti-deutsche Szene ebenfalls Merkmale einer Bewegung auf. Diesen Bewegungen entspringen auch die zahlreichen Impulse, die die Haltung der Linkspartei zum Thema mitgestalten. Im Folgenden gilt es, Bestandteile, die die Dynamiken in diesem Feld ausformen, hervorzuheben und auszumalen.

2.3.1 *Zwei Definitionen sozialer Bewegungen*

Anders als Parteifeld verlaufen die Auseinandersetzungen im Bewegungsfeld entlang anderer Rahmenbedingungen. Bedingt ist dies durch die unterschiedlichen Wesen beider Felder. Für Maurice Duverger (1959: 124) stellen Parteien in sich geschlossene Systeme dar, die „auf eine Gesamtorganisation des nationalen und sogar des internationalen Lebens zielen“. Sie sind „politische Tendenzbetriebe“ (Wiesendahl 2006: 27), die Mitglieder vor allem aufgrund ihrer ideologischen Ausstrahlung und ihres Programmprofils anziehen. Parteien erheben den Anspruch, stabile Gemeinschaften zu sein, deren Existenz nicht von der Salienz eines bestimmten Themas abhängig ist. Bewegungen sind dagegen weniger weltanschaulich, mobilisieren ihre Ressourcen auf ein spezifisches oder einige spezifische Themen und agieren dazu unter konjunkturellen Bedingungen, die zu ihrem schnellen Abebben führen können. Was aber genau sind soziale Bewegungen? Die Antikriegsbewegung ist eine Bewegung, ebenso die Anti-AKW-Bewegung. Sind aber die Antideutschen auch eine? Oder waren es die deutschen K-Gruppen der 70er? Für Dieter Rucht (1994) ist eine soziale Bewegung

„ein auf gewisse Dauer gestelltes und durch kollektive Identität abgestütztes Handlungssystem mobilisierter Netzwerke von Gruppen und Organisationen, welche sozialen Wandel mit Mitteln des Protests – notfalls bis hin zu Gewaltanwendung – herbeiführen, verhindern oder rückgängig machen wollen. Sozialer Wandel bedeutet in diesem Zusammenhang eine grundlegende Veränderung gesellschaftlicher Ordnung (1994: 76f).“

Dem hier erwähnten Begriff der „kollektiven Identität“ ist eine Schlüsselbedeutung beizumessen. Bewegungen erhalten ihren Charakter nicht nur von den Problemen, die sie zu lösen vermögen, sondern besitzen darüber hinaus eine identitätsstiftende Eigendynamik, die für ihre Kohäsion ausschlaggebend ist. Voraussetzung für das Schaffen kollektiver Identitäten ist auch eine Klarstellung des Sinnes für die Entstehung von Bewegungen. Diese müssen das zu bewältigende Problem definieren, ihre Haltung gegenüber diesem rechtfertigen sowie die Gegner deutlich benennen.²² Dabei agieren Bewegungen nicht im luftleeren Raum, sondern sind mit der Verfolgung konkreter Interessen verknüpft (1994: 85). Allerdings kann das Gleiche über Parteien gesagt werden; sie rufen ebenfalls kollektive Identitäten hervor, definieren Ziele, Probleme und Gegner und verfolgen auch Interessen. Wo verlaufen dann konkret die Unterschiede zwischen beiden Akteuren?

Ein Blick in den historischen Kontext der relevanten Forschung liefert möglicherweise eine Antwort. Diese ist nämlich unmittelbar mit dem Aufstieg der „neuen sozialen Bewegungen“ ab Mitte der 70er Jahre verbunden. Unter diesen sind hauptsächlich die Ökologie-, Frauen- und Friedensbewegungen zu verstehen. Das „neue“ Element in ihnen drückte sich in den „horizontalen“ Aktionsformen aus, in scharfer Abgrenzung zu den „traditionellen“ und „hierarchischen“ Arbeitsweisen der „alten“ sozialen Bewegungen wie Parteien und Gewerkschaften (Davidson 2013: 277f.). Der von Rucht vorhin zitierte Begriff des sozialen Wandels, zu dem sich Bewegungen positiv oder negativ positionieren, ist als ein Struktur- oder Wertewandel zu verstehen, hin zu einer „postindustriellen“ und zunehmend individualisierten Gesellschaft, in der kollektive Organisationsformen an Attraktivität verloren haben.

Doch diese Herangehensweise birgt die Gefahr, zu übersehen, dass Bewegungen den sozialen Klassenhintergrund ihrer Teilnehmer widerspiegeln – im Fall der neuen sozialen Bewegungen die „neuen Mittelschichten“ –, auch wenn diese ihre Ziele nicht in Klassenbegriffen artikulieren (Rose 1997: 463). Barker (2013: 5) kritisiert, dass die zunehmende Institutionalisierung der besagten neuen Bewegungen im neoliberalen Kapitalismus zum Ergebnis führte, dass das künftige Verständnis der Bewegungsforschung für die Einbettung sozialer Bewegungen in langfristigeren sozialen und ökonomischen Prozessen deutlich geschwächt wurde. Nilsen und Cox (2013) schlagen aus diesem Grund eine breitere Definition sozialer Bewegungen vor als

22 Dieser Prozess wird auch als „Framing-Prozess“ (Gamson/Meyer 2008) bezeichnet und verweist auf die Entstehung von Deutungsrahmen, unter denen ein gesellschaftliches Problem, seine Ursachen sowie die eigene Rolle gegenüber diesem definiert werden.

„a process in which a specific social group develops a collective project of skilled activities centred on rationality – a particular way of making sense and relating to the social world – that tries to change or maintain a dominant structure of entrenched needs and capacities, in part or whole (2013: 65f.).“²³

Dieser Begriff besitzt den Vorteil, auch „alte“ Bewegungen wie die Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert miteinzuschließen, in denen nicht zuletzt Parteien eine historische Rolle spielten.²⁴

Die Autoren (2013: 66) zeigen weiterhin einen Unterschied zwischen „Bewegungen von oben“ und „Bewegungen von unten“ auf, in denen soziale Strukturen die Rolle einer Waffenstillstandslinie annehmen, die kontinuierlich auf der Suche nach Schwächen von beiden Lagern erprobt wird. Unter diesem Begriff von sozialen Bewegungen wären nicht nur Mobilisierungen von benachteiligten gesellschaftlichen Gruppen einzuordnen, sondern auch die von dominanten, die versuchen, ihre Vormachtstellung durch die Schaffung einer Massenbasis zu erweitern. Der Neoliberalismus mit seinem antikollektivistischen Populismus wird als Beispiel einer solchen Bewegung von oben genannt. Was beide Formen von Bewegungen unterscheidet, ist laut Nilsen und Cox (2013: 68ff.) der variierende Grad des Zugriffs auf staatliche Ressourcen. Das hierzu untersuchende Bewegungsfeld ist unmissverständlich ein Feld der sozialen Bewegungen von unten.

2.3.2 Politische Gelegenheitsstrukturen

Unter „politischen Gelegenheitsstrukturen“ (*political opportunity structures*) versteht die Bewegungsforschung ein theoretisches Instrument, das der Aufzeichnung günstiger Bedingungen für das Entstehen und den Erfolg einer sozia-

23 So erkennen die „klassischen“ Ansätze der Bewegungsforschung im Aufkommen der neuen sozialen Bewegungen sowie der damit verbundenen grünen Parteien einen Wertewandel innerhalb der westlichen Gesellschaften. Eine Perspektive wie die hier zitierte würde dagegen bei der Entstehung der gleichen Bewegungen von der Krise des keynesianischen Wohlfahrtsmodells und dem Aufkommen des Neoliberalismus, dem Abebben von gewerkschaftlichen Kämpfen ab Ende der 70er sowie der Sonderstellung der „neuen Mittelschichten“ in diesem Kontext ausgehen.

24 McAdam, Tarrow und Tilly (2001) schlagen andererseits die Einreihung sozialer Bewegung, neben Streiks, Revolutionen und anderen Erscheinungen, in die Kategorie der „strittigen Politik“ (contentious politics) vor. Allerdings wirkt diese Kategorisierung problematisch aufgrund der fließenden Grenzen zwischen den verschiedenen Bereichen. So war der Sturz von Hosni Mubarak 2011 in Ägypten das Ergebnis der Interaktion einer „klassischen“ neuen sozialen Bewegung auf dem Tahrirplatz mit einer „alten“ Bewegung in Form der verschiedenen Streiks in vielen Industriestädten. Beide Bewegungen hatten gemeinsam eine politische Revolution zur Folge.

len Bewegung dienen soll. Der Begriff der „Struktur politischer Gelegenheit“ taucht zum ersten Mal 1973 in einem Aufsatz von Peter Eisinger auf. Drei Jahre zuvor wies Michael Lipsky (1970: 14) auf die Mängel einer Herangehensweise hin, die soziale Systeme im Geiste des amerikanischen soziologischen Struktur-funktionalismus von Talcott Parsons als rigide und unveränderlich wahrnahm. Mehrere Untersuchungen übernahmen fortan den Begriff (McAdam 1982, Tarrow 1983, Tilly 1978).²⁵ Der Begriff POS bildete in den 80er Jahren den Rahmen für die Untersuchung des Entstehens neuer sozialer Bewegungen. Als bekanntes Beispiel dafür gilt die vergleichende Studie von Kitschelt (1986) über den Einfluss veränderter institutioneller Rahmenbedingungen auf die Erfolgchancen der Anti-Atom-Bewegung in vier westeuropäischen Ländern. McAdam (2008: 27) fasst vier Grunddimensionen von POS zusammen, die die Entstehung und den Erfolg einer sozialen Protestbewegung mitbestimmen. Zu diesen gehören: die relative Offenheit oder Geschlossenheit des institutionalisierten politischen Systems (beispielsweise durch ein majoritäres oder proportionales Wahlrecht oder eine niedrige oder hohe Eintrittshürde); die Stabilität oder Instabilität von Elitebündnissen, die eine bestimmte Politik untermauern; die Präsenz oder Abwesenheit von Verbündeten innerhalb der Eliten; die Fähigkeit und Neigung des Staates zur Repression.

Allerdings erfahren Gelegenheitsstrukturen eine breitere Anwendung. Bezogen auf die Gründung der Linkspartei listen beispielsweise Oliver Nachtwey und Tim Spier (2007) die günstigen Bedingungen auf, die zu ihrer Gründung führten. Eine günstige Gelegenheitsstruktur kann somit nicht nur mit positiven Entstehungsbedingungen einer Bewegung, sondern auch einer politischen Entwicklung konnotieren, die im Rahmen eines Zusammenspiels von subjektiven Faktoren, politischen und gesellschaftlichen Konstellationen, institutionellen Rahmenbedingungen sowie einem Grad an gesellschaftlicher Mobilisierung zustande kam.

2.3.3 *Die internationale Dimension sozialer Bewegungen*

Die Bedeutung einer veränderten internationalen Umgebung für die Erfolgchancen sozialer Bewegungen blieb in der Erforschung von POS vergleichsweise unbeachtet, auch wenn soziale Bewegungen, spätestens seit den Revolutionen

25 Den Kontext für diese Neuorientierung der Sozialwissenschaften bildete der Ausbruch von Protestbewegungen wie der gegen die Rassentrennung im amerikanischen Süden, gegen den Vietnamkrieg oder die zahlreichen Bewegungen der 70er, die unter dessen Einfluss entstanden. Soziale Bewegungen waren auf einmal aktuell und die Soziologie begann ihnen – die bis dato eine Forschungsdomäne der Geschichtswissenschaft bildeten (Zald 2008: 262) – größere Aufmerksamkeit zu widmen.

von 1848, häufig eine transnationale Dimension besaßen. Wenn es früher anhand von Merkmalen des Nationalstaates möglich war, soziale Bewegungen zu interpretieren, ist dies heutzutage unter anderem aufgrund deren transnationaler Vernetzung viel weniger der Fall (Tarrow 1996: 53). Azza Salama Layton (2000) hat auf die Bedeutung der ideologischen Auseinandersetzung mit der Sowjetunion, die Auswirkungen der Entkolonialisierung und die darauffolgenden institutionellen Veränderungen innerhalb der Eliten für das Zustandekommen günstiger POS für die afroamerikanische Bürgerrechtsbewegung hingewiesen.

Dazu haben Doug McAdam und Dieter Rucht in einem Aufsatz (1993) die Bedeutung von personellen Netzwerken zwischen Akteuren der US-amerikanischen und der westdeutschen Studierendenbewegungen der späten 60er für die Diffusion von Ideen und Aktionsrepertoires aus der Ersteren in die Letztere hervorgehoben.

Aus den vorherigen Darstellungen des Charakters sozialer Bewegungen kann festgestellt werden, dass Bewegungen anders strukturiert sind als Parteien, dass sie aber ähnlich wie Parteien eine kollektive Identität besitzen, dass Bewegungen nicht unabhängig von bestehenden sozialen Strukturen existieren, sondern in diesen eingebettet sind, dass ihre Entstehung von Gelegenheitsstrukturen abhängig ist, die eine Kombination institutioneller Rahmenbedingungen, gesellschaftlicher Prozesse und subjektiver Faktoren beinhalten, und dass, obwohl Bewegungen in der Moderne immer Elemente einer transnationalen Dimension besaßen, diese insbesondere in den letzten Jahrzehnten in den Vordergrund gerückt sind, wie die globalisierungskritische Bewegung und die Bewegung gegen den Irakkrieg zeigen, ebenso wie die verschiedenen globalen Protestbewegungen wie die Occupy-Bewegung, die „Besetzung der Plätze“ oder zahlreiche Ereignisse um den Arabischen Frühling.

2.4 Das ideologische Feld

Sowohl die Auseinandersetzungen im Parteifeld als auch die im Bewegungsfeld sind mit einem dritten, relativ autonomen Feld eng verwoben. Dies ist das ideologische Feld, das die intellektuelle Geschichte der Linken widerspiegelt. Besonders in Deutschland sorgt der Nahostkonflikt für heftige Kontroversen. Neben den nachvollziehbaren historischen Gründen ist diese Vehemenz nicht zuletzt auf die theoretische Überkomplexität der Thematik zurückzuführen. Die Debatte um den Konflikt umfasst Themenbereiche wie die Fragen des Imperialismus, des Antisemitismus, des antimuslimischen Rassismus, des Kolonialismus und der nationalen Befreiung, die das Selbstverständnis der deutschen Linken direkt

betreffen. Diese Gegebenheiten machen die Aufstellung eines separaten ideologischen Feldes unentbehrlich.

Im Ideologiefeld kommt der Begriff Bourdieus von der „Distinktion“ – dem Streben von Akteuren nach Abgrenzung gegenüber anderen – besonders zur Geltung. Diese zentriert sich um die Definitionsmacht über den Begriff „links“ und beinhaltet symbolische Auseinandersetzungen zwischen „Platzanwärtlern“ und „Neulingen“. Im Folgenden sollen wichtige Kernelemente der Bedeutung „links“ nachgezeichnet werden.

2.4.1 *Die Ursprünge des Begriffes „links“*

Der ideologische Begriff „links“ hat seine Ursprünge in der Sitzordnung der revolutionären Versammlung während der Französischen Revolution. Seitdem wird er als Synonym für Ansprüche auf politische Emanzipation und bürgerrechtliche Gleichheit aufgefasst. Die Erhebungen von 1848, die Pariser Kommune von 1871 und die Entwicklung der Arbeiterbewegung führten allmählich zur Ausweitung des Begriffes auf Bestrebungen der sozioökonomischen Gleichheit, angesichts des sich vertiefenden Zwiespalts zwischen Kapital und Arbeit im Laufe des 19. Jahrhunderts. „Links“ wurde fortan mit den Ideen von Karl Marx in Verbindung gebracht, insbesondere mit dem Ziel der Überwindung des kapitalistischen Systems. Der Charakter des Marxismus sowohl als Erbe wie auch als Kritik der Grenzen der Aufklärung unterscheidet die politische Linke von Spielarten des Liberalismus, die sich ebenfalls von Variationen des Konservatismus sowie der „Tradition der Gegenaufklärung“ (Sternhell 2009) abgrenzen.

Die russische Oktoberrevolution trugen zur wachsenden Mehrdeutigkeit des Begriffes „links“ bei. In ihm wurde jetzt auch der Aspekt des antiimperialistischen Kampfes gegen die Kolonialreiche miteinbezogen. Im Zweiten Weltkrieg wurde der Terminus dann auch mit den antifaschistischen Volksfronten sowie mit bewaffneten Massenbewegungen gegen die deutsche Besatzung in Ländern wie Frankreich, Griechenland und Jugoslawien identifiziert. In diesen Bewegungen fungierten sowohl die soziale Frage als auch die Frage der nationalen Befreiung als richtungsgebende Inhalte (Hobsbawm 1994: 176). Insbesondere seit Entstehung der Arbeiterbewegung geht der Begriff „links“ auch mit einer kulturellen Dimension einher, die von der Schaffung von Wertesystemen im oppositionellen Verhältnis zu herrschenden normativen Vorstellungen gekennzeichnet wurde.

Die Tradition der Oktoberrevolution war das Objekt verschiedener Differenzierungsprozesse. Die Konsolidierung der Macht Stalins nach 1928 hatte das Entstehen einer nichtstalinistischen kommunistischen Opposition mit Leo Trotz-

ki im Mittelpunkt zur Folge. Formen des „westlichen Marxismus“ wie der „Linksozialismus“ (Jünke 2010) oder der von einem Geschichtsoptimismus sich scharf abgrenzende Marxismus der Frankfurter Schule (Adorno/Horkheimer 1988) trugen zur Vertiefung der theoretischen Vielfalt innerhalb der politischen Linken bei.

Politisch bedeutsame Spaltungen ereigneten sich im kommunistischen Lager infolge der sowjetischen Einmärsche in Ungarn 1956 und in der Tschechoslowakei 1968. Betroffen waren vor allem die kommunistischen Massenparteien in Frankreich und Italien, die fortan einen „Eurokommunismus“ predigten, der auch Ableger hauptsächlich in Spanien, Griechenland und anderen Ländern inspirierte. Der Bruch zwischen der Sowjetunion und China Anfang der 60er schuf einen zweiten kommunistischen Pol in Peking, der sich sowohl für Guerillabewegungen als auch für westeuropäische Studierende durchaus als attraktiv erwies. In der Explosion von 1968 setzte sich der Differenzierungsprozess im linken Lager fort. Neben maoistischen kamen revitalisierte trotzkistische und anarchistische Ansätze hinzu und erweiterten somit die Palette von dem, was heute als links verstanden wird.

2.4.2 *Der Begriff „links“ in Deutschland heute*

Der vorhin angesprochene Wertewandel ab Mitte der 70er machte die Begriffsdefinition von „links“ zum umkämpften Terrain. So entstanden in westlichen Gesellschaften Protestbewegungen, die zwar in der Kultur der Linken zu verorten sind, die aber die Selbstbezeichnung als links entweder ablehnen oder lediglich in einem vagen Sinne verwenden. Am anderen Ende des politischen Spektrums widerspiegeln rechtspopulistische Parteien diese zunehmend diffuse Verwendung symbolischer Begriffe durch ihre Behauptung, sie seien „weder links noch rechts“. Besonders in der Bundesrepublik – einem Land, in dem die sozio-ökonomische Polarisierung der Gesellschaft nach dem Zweiten Weltkrieg vergleichsweise gering war – machten sich diese Definitionsverschiebungen spürbar.

Allerdings bestehen, wie die Deutsche Parteimitgliederstudie von 2009 nachweist, auf der Links-Rechts-Skala eindeutige Korrelationen zwischen der Einordnung der Wähler und der der Parteimitglieder. In den Achsen zwischen „sozialer Gerechtigkeit“ und „Marktfreiheit“ einerseits und „libertärer“ und

„autoritärer Politik“ andererseits sind die Mitglieder der Parteien SPD, Grüne und Linkspartei im Feld sozialstaatsorientierter und libertärer Politik anzutreffen (Spier 2011: 125).²⁶

2.4.3 Zum Begriff „links“ im Kontext des Nahen und Mittleren Ostens

Die linke Nahostauseinandersetzung in Deutschland ist teilweise das Ergebnis der Verwirrung, die nicht nur durch die unterschiedlichen Auffassungen des Begriffes „links“, sondern auch durch die unterschiedlichen politischen Ansätze dahinter, jeweils im deutschen, im arabischen oder islamischen sowie im israelischen Kontext, hervorgerufen wird: Während in Deutschland und in den anderen europäischen Ländern „links“ mit einer sozioökonomischen Position zugunsten der lohnabhängigen Segmente der Bevölkerung konnotiert, verweist im dominanten zionistischen Spektrum in Israel „links“ auf einen Ausgleich mit den Palästinensern (Machover 2012: 297, Pappe 2004: 222, Zuckermann 2012: 93). Im arabischen Kontext dagegen wurde der Terminus „links“ nicht nur durch die kommunistischen Parteien geprägt, sondern auch durch nationalistische Bewegungen.

Das Aufkommen des politischen Islam führte auch im arabischen Raum zu einer Verkomplizierung der Begrifflichkeiten auf der Links-Rechts-Skala. Gilbert Achcar (2004: 57) hat den wichtigsten Startschuss dieser Entwicklung, die iranische Revolution, als eine „rückwärts-gewandte permanente Revolution“²⁷ bezeichnet. Eine demokratische Revolution resultierte demnach nicht in einer sozialistischen Etappe, sondern in einer Regression bis hin zu vorkapitalistischen Strukturen. Überall in der Region schienen einerseits Islamisten die Linke und die säkularen Nationalisten im Kampf um nationale Unabhängigkeit zu überbieten, andererseits aber deren Errungenschaften in den Bereichen von demokrati-

26 Eine engere Definition der Links-Rechts-Skala würde den Begriff der „Mitte“ miteinbeziehen. Diese suggeriert beispielsweise eine Akzeptanz von Ansätzen der wirtschaftsliberalen Politik wie dem Monetarismus durch SPD und Grüne in Kombination mit der entsprechenden Akzeptanz soziallibertärer Inhalte wie der gleichgeschlechtlichen Ehe durch die CDU. Die Linkspartei wäre aufgrund der grundsätzlichen Ablehnung des Monetarismus eine Partei „links der Mitte“, während die CSU oder die rechtskonservative AfD wegen ihrer negativen Einstellung gegenüber der gleichgeschlechtlichen Ehe Parteien „rechts der Mitte“ wären.

27 Die Bezeichnung verweist auf die von Marx postulierte und später von Leo Trotzki weiterentwickelte These, eine demokratische Revolution habe das Potenzial, sich in eine sozialistische zu verwandeln und daher einen permanenten Charakter zu erlangen (vgl. Löwy 1981, Dunn/Radice 2006).

schen und Frauenrechten vehement zu bekämpfen. Widersprüche haben die Entwicklung des politischen Islam begleitet, die von den arabischen Erhebungen ab 2011 lediglich akzentuiert wurden.

2.4.4 *Antisemitismus und Antizionismus*

Die Abgrenzung zwischen Antisemitismus und Israelkritik bildet einen der strittigsten Bereiche der Nahostdebatte, wovon eine Serie von Abhandlungen über „sekundären“ (Rensmann 2004), „strukturellen“ (Haury 2002, 2004) und „neuen“ Antisemitismus in den letzten Jahren zeugt. Diese Begriffe werden in dieser Arbeit als umkämpfte Bezeichnungen betrachtet, deren gesellschaftlichen und historischen Kontext es zu untersuchen gilt.

Nicht umkämpft ist andererseits eine notwendige Definition von Antisemitismus. Als Antisemitismus sind hier „Äußerungsformen, Meinungen und Handlungen zu erfassen, die durch Feindschaft, Ablehnung und Diskriminierung gegenüber dem Judentum oder [vermeintlich, Anmerkung des Verfassers] jüdischen Menschen gekennzeichnet sind“ (Heyder/Iser/Schmidt 2005, zitiert nach Ullrich et al. 2012: 69). Dieser Begriff ist wiederum analytisch vom Terminus des Antizionismus zu trennen. Unter Antizionismus soll hier die Gegnerschaft zum Zionismus als staatstragender Ideologie Israels sowie zur Ideologie und Praxis der Aufrechterhaltung eines Staates mit eindeutig jüdischer Bevölkerungsmehrheit im Territorium des ehemaligen Mandatsgebiets Palästina begriffen werden.

Dieser Antizionismus soll als zweierlei Art verstanden werden. Er kann einerseits einer *universalistischen* und mit einem linken Deutungsrahmen kompatiblen Motivation entspringen, der die strukturelle Benachteiligung der Palästinenser – etwa durch die israelische Besatzungspolitik oder durch Gesetze wie das „Rückkehrgesetz“ – ins Visier der Kritik nimmt. Er kann auch einer *partikularistischen* Motivation entspringen, die dem Zionismus primär aufgrund seines *jüdischen* Selbstverständnisses feindlich gegenübersteht.

Der gesellschaftliche und historische Kontext spielt eine maßgebliche Rolle zur Bezeichnung eines partikularistischen Antizionismus als antisemitisch. Nicht alle Formen sind nämlich zwangsläufig antisemitisch. Der Antizionismus im ultraorthodoxen Judentum ist z.B. einer, der den Zionismus aufgrund einer empfundenen Unvereinbarkeit mit den Grundsätzen des Judentums ablehnt. Bedingt durch ihr partikularistisches Profil sind arabisch-nationalistische oder islamistische Antizionismen nicht immun gegenüber antisemitischen Diskursen gewesen. Doch auch hier bestehen keine Kausalzusammenhänge, haben doch historisch säkular-nationalistische und islamistische Bewegungen im Nahen Osten ihren

Antizionismus aus Gründen abgeleitet, die primär realpolitischer Natur waren. Rechtsextreme „Israelkritik“ oder „Antizionismus“ können dagegen angesichts des Charakters ihrer Träger als eindeutig antisemitisch eingestuft werden. Darüber hinaus ist auf die Existenz eines Antisemitismus in der arabischen Welt hinzuweisen, der aufgrund der qualitativ anderen jüdischen Erfahrung im besagten Kontext auch anders strukturiert ist.

2.4.5 *Antimuslimischer Rassismus und Orientalismus*

Nicht nur der Antisemitismus, sondern der antimuslimische Rassismus (Lean 2012, Ruf 2012, Kumar 2012) soll hier als ein für diese Untersuchung durchaus relevantes Phänomen berücksichtigt werden. Als solche sollen hier die Ablehnung, Absonderung und Diskriminierung von Muslimen aufgefasst werden. Der antimuslimische Rassismus ist ähnlich wie der Antisemitismus eine Form des Rassismus, insofern, als die Ablehnung des islamischen Glaubens durch die Träger mehr als oft einen Anschluss für eine essentialistische Kategorisierung durch zugeschriebene und unveränderbare negative Eigenschaften darstellt.²⁸ Die Grenzen zwischen Kulturalismus und Biologismus sind auch im Fall des antimuslimischen Rassismus verschwommen, wie das Beispiel von Thilo Sarrazins (2010) biologistisch begründeter Ablehnung muslimischer Einwanderung belegt.²⁹

Ähnlich wie der Antisemitismus verdankt der antimuslimische Rassismus seine Existenz einem spezifischen historischen und gesellschaftlichen Kontext. Hier spielten die Terroranschläge vom 11. September 2001 eine entscheidende Rolle für die Etablierung des antimuslimischen Rassismus zur salonfähigsten Form des Rassismus, eine Entwicklung, die von westlichen geopolitischen Interessen nicht losgetrennt betrachtet werden kann (Ruf 2012: 21 ff., Kumar 2012: 64 ff.). Doch die Muster dieses Phänomens gehen länger in die Geschichte zurück. Edward Said (1978) entwarf den Begriff des Orientalismus, um auf die jahrhundertelange Konstruktion des orientalischen Anderen in der westlichen

28 Das offenbart sich in der Willkürlichkeit, mit der nicht nur gläubige Muslime, sondern auch konfessionslose Menschen aus Ländern mit muslimischen Bevölkerungsmehrheiten, religiöse Minderheiten wie arabische Christen oder Angehörige anderer Religionen wie die Sikhs zu Opfern antimuslimischer Ressentiments und sogar Gewalt werden.

29 „Die kulturelle Fremdheit muslimischer Migranten könnte relativiert werden, wenn diese Migranten ein besonderes qualifikatorisches oder intellektuelles Potential verhießen. Das ist aber nicht erkennbar. Anzeichen gibt es eher für das Gegenteil. So spielen bei Migranten aus dem Nahen Osten auch genetische Belastungen – bedingt durch die dort übliche Heirat zwischen Verwandten – eine erhebliche Rolle und sorgen für einen überdurchschnittlich hohen Anteil an verschiedenen Erbkrankheiten“ (Sarrazin 2010: 369 f.).

Literatur hinzuweisen. Der Orient wurde als die Antithese vermeintlich okzidentalischer, positiver Eigenschaften konstruiert und unter anderem als monolithisch, statisch, rückständig und irrational aufgefasst. Laut Said leben diese Denkweisen fort innerhalb der Disziplin der Orientalistik, die dem Zweck der Machtausübung des Okzidents über den Orient diene.

Kritik an Saims Ansatz wurde nicht nur (erwartungsgemäß) durch die von ihm kritisierten Orientalisten geübt, sondern auch von nahöstlichen und südasiatischen Marxisten, die die Ansicht vertraten, Said ver falle in einen Essentialismus und reproduziere damit die von ihm kritisierte binäre Gegenüberstellung von Orient und Okzident (al-'Azm 1981, Achcar 2013a: 73 ff.). Tatsächlich ist in Saims Ansatz der Spielraum einer zulässigen Kritik des Islam im Westen nahezu versperrt (Decker et al. 2012: 86). Trotzdem soll hier für diese Untersuchung auf den Orientalismus als Begriff zurückgegriffen werden als eine Bezeichnung für Ansätze, die von einem *einzigartig* reaktionären Charakter des Islam oder muslimischer Gesellschaften ausgehen, bzw. für eine Islamkritik, die nicht in eine allgemeine Religionskritik eingebettet ist, soziale und historische Kontexte ausblendet und somit einen potenziellen Anknüpfungspunkt für antimuslimischen Rassismus liefert.

Zwischen Internationalismus und Staatsräson
Der Streit um den Nahostkonflikt in der Partei DIE LINKE
Fischer, L.
2016, XI, 360 S. 4 Abb., Softcover
ISBN: 978-3-658-13353-5